



## Kurzanalysen und Informationen

Scheinerstr. 11  
81679 München  
Telefon: 089/99 83 96-0  
Telefax: 089/98 10 110  
E-Mail: [oei@oei-muenchen.de](mailto:oei@oei-muenchen.de)  
Internet: [www.oei-muenchen.de](http://www.oei-muenchen.de)

Nr. 18 Mai 2004

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

## Die Wirtschaftslage der Ukraine im Frühjahr 2004

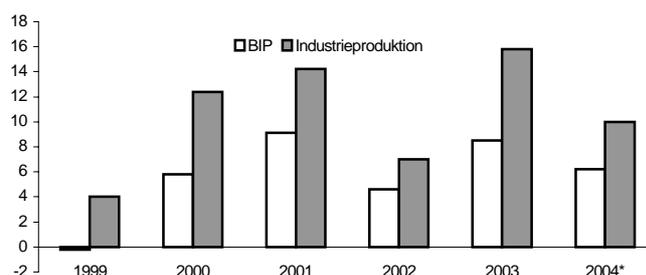
Manuela TROSCHKE

### Dynamik im Wachstum, aber nicht bei Reformen

Die ukrainische Wirtschaft zeigt sich von den im Herbst bevorstehenden Präsidentschaftswahlen derzeit noch unbeeindruckt. Ungeachtet der Tumulte auf der politischen Bühne setzt sich der Wirtschaftsboom fort. Nach revidierten Angaben vom April wuchs das BIP 2003 um 9,4 %, und im ersten Quartal 2004 um 10,8% gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum. Auf der Entstehungsseite blieb die Industrie Träger des Wachstums (+15,8%), und insbesondere die exportorientierten Branchen Metallverarbeitung und Maschinenbau, aber auch die Chemie und die traditionell starke Lebensmittelverarbeitung entwickelten sich dynamisch. Das positive Bild auf der Angebotsseite wurde durch die Landwirtschaft getrübt, die 2003 dürrebedingt ein sehr schlechtes Jahr hatte und gegenüber dem Vorjahr um 10,2% schrumpfte. Neben den weiterhin lebhaften Exporten wird die inländische Nachfrage zum Wachstumsmotor. Die Investitionen in das Anlagevermögen sind 2003 um fast 30% gestiegen (Vorjahr: 6,2%), und die gestiegenen Realeinkommen kurbelten den privaten Konsum an (+12,4%).

Die schlechten Ergebnisse im Agrarsektor wirkten sich wegen des hohen Anteils der Lebensmittel am Warenkorb auf die Preisniveaustabilität negativ aus. Obwohl die Fiskalpolitik im Gegensatz zu anderen Vorwahljahren diszipliniert blieb und das Budget nahezu ausgeglichen war, konnte die Inflationsrate nicht im anvisierten Rahmen gehalten werden und erreichte im Jahresdurchschnitt 5,2%. Die Krise in der Landwirtschaft legte auch fortbestehende Schwächen

der ukrainischen Wirtschaftspolitik bloß, da die Reaktionen der Regierung auf die „Brotpreisspanik“ von hektischen dirigistischen Maßnahmen alten Stils der Symptombekämpfung geprägt waren. Die Regierung Janukovich zeigte auch in anderen Bereichen Reformschwächen. Die Grabenkämpfe der ukrainischen Oligarchen spielen sich derzeit eher auf der politischen Bühne als in der Wirtschaft ab, und sie hemmen den Reformprozess. Wenn die Reformen der wirtschaftlichen Entwicklung weiter hinterhinken wird ein stabiles Wachstum, das die weiterhin dramatischen sozialen Probleme im Lande zu lösen hilft, nicht zu erreichen sein.



## Politik: Unruhe in der Innenpolitik, Lavierungen in der Außenpolitik

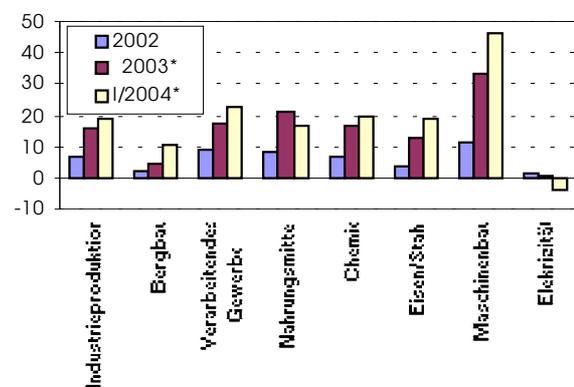
Die ukrainische Politik steht derzeit im Zeichen der im Herbst bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Da der Übergang des Amtes an einen oppositionellen Präsidenten nicht ausgeschlossen werden kann, bemühen sich der amtierende Präsident Kutschma und die ihm nahestehende Regierungskoalition, die derzeit umfangreichen präsidentiellen Vollmachten bereits im Vorfeld zu begrenzen. Die dazu nötige Verfassungsreform und die diesbezüglichen Diskussionen binden viele Kräfte und führten zu teilweise tumultartigen Zuständen im Parlament. Gleichzeitig werden die Oppositionsparteien in einer Weise diskreditiert, diffamiert und in ihrer politischen Arbeit behindert, die bereits ernsthafte Kritik durch ausländische Beobachter eintrug, und der Demokratisierungsprozess wird als gefährdet angesehen. Die Regierungsarbeit leidet unter den Positionierungskämpfen, die verschiedene Oligarchengruppen innerhalb der Koalition führen. Seit dem Jahreswechsel häufen sich politisch motivierte Neubesetzungen von Schlüsselpositionen, wie z.B. der Führungswechsel im Agrarministerium oder kürzlich die Absetzung des Energieministers. Sie behindern die operative Arbeit in den Ressorts und erschweren auch die Zusammenarbeit mit internationalen Kreditgebern. Zum Jahreswechsel wurde der reformorientierte und EU-Kurs steuernde Wirtschaftsminister Chodorkowskij abgesetzt, der sich auch im Streit mit Finanzminister Azarov um den Beitritt der Ukraine zum „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ mit Russland, Kasachstan und Weißrussland nicht hatte durchsetzen können. Dies wurde als Zeichen der Schwächung der Kräfte gesehen, die für eine weitere Annäherung der Ukraine an den Westen stehen. Andererseits drohte die Ukraine im Streit um die Insel Tusla Russland nicht nur mit Worten. Dem Ersuchen russischer Konzerne zur Nutzung der Pipeline Odessa-Brody in umgekehrter Richtung wurde im Februar von der Regierung eine Absage erteilt, obwohl dies entgehende Einnahmen und ungedeckte Fixkosten bedeutet.

## Realwirtschaft: Gute Ergebnisse der Industrie, „Krise“ in der Landwirtschaft

Die Realwirtschaft der Ukraine bietet ein Bild, das einerseits von Ausnutzung alter industrieller Kapazitäten ohne Einsatz von Modernisierungsmaßnahmen, andererseits beispielsweise im Transportsektor oder bei Gebäuden von der lebhaften Tätigkeit nachholender Investitionen ge-

kennzeichnet ist. Insgesamt hat sich der industrielle Sektor der Ukraine, wie schon im Vorjahr, mit einem Wachstum von 15,8% (Vorjahr:7%) als außerordentlich dynamisch erwiesen. Der Maschinenbau, der, getragen von der hohen inländischen Nachfrage vor allem nach Transportausrüstung seine Produktion um 35,8% steigerte, behauptete sich als bedeutendster Sektor der ukrainischen Industrie. Treibende Kraft für das Wachstum der Metallurgie war die Auslandsnachfrage. Vorläufigen Berechnungen zufolge gingen 65,6% seiner Produktion ins Ausland. Die traditionell starke Lebensmittelindustrie, die mit 22,2% im Jahr 2003 gleichviel zur Industrieproduktion der Ukraine beitrug wie die Metallurgie, profitierte von gestiegenen Realeinkommen der Bevölkerung, konnte aber auch Exportanteile gewinnen. Die Leichtindustrie dagegen gleitet trotz einer leichten Belebung weiter in die Bedeutungslosigkeit ab und erbrachte 2003 nur noch 0,3% der Industrieproduktion. Der Bausektor hat mit einem Plus von 23,1% die höchste Wachstumsrate seit Transformationsbeginn aufzuweisen, und Groß- sowie Einzelhandel verzeichnen zweistellige Umsatzzuwächse.

Branchenwachstum, real in %



\* vorläufige Angaben

Zu Anfang des Jahres 2004 setzten sich diese Tendenzen fort. Der Maschinenbau kristallisiert sich als der bestimmende Wachstumsmotor heraus und wuchs im ersten Quartal um 46,3%. Vor allem Transportausrüstungen, Landmaschinen und Baumaschinen boomen und üben verstärkt Nachfrage auch bei vorgelagerten Industrien, insbesondere der Metallurgie (1/2004:+18,8%) aus, die sich damit von der Exportorientierung löst. Die derzeitige industrielle Entwicklung ist jedoch nicht nur positiv zu sehen. Die Produktion höherwertiger Güter kommt nicht in Schwung, diese werden nach wie vor aus dem Ausland

importiert. Die mangels innovativer Prozesse fortgesetzte Konzentration auf die Schwerindustrie, die mit ineffizient hohem Energieeinsatz bei veralteter Technik arbeitet, macht die Ukraine als energieabhängiges Land verletzlich. Grenzwertüberschreitende Emissionen beeinträchtigen die schon zu Sowjetzeiten stark geschädigte Umwelt sowie den Gesundheitszustand der Bevölkerung und verursachen hohe Folgekosten.

Im Gegensatz zur Leistung der Industrie blieb die Entwicklung der Landwirtschaft weit hinter den Erwartungen zurück. Gegenüber dem Vorjahr brach die Produktion um 10,2% ein. Extreme Witterungsbedingungen im Winter und Frühjahr brachten hohe Ausfälle bei der Getreideernte mit sich, die nur 20,2 Mio. Tonnen erreichte. Da in den beiden Vorjahren Rekordernten von fast 40 Mio. Tonnen eingefahren worden waren, erschien dieser Einbruch als Fiasko für die ukrainische Volkswirtschaft. Die „Getreidekrise“ wurde ein dominierendes Thema in Wirtschaftspolitik und Medien. Ende Juni kam es zu Panikkäufen von Brot und Teigwaren und zu erheblichen Preissteigerungen auch spekulativer Natur. Übertriebene Prognosezahlen, hektische und wirkungslose administrative Regulierungsmaßnahmen wie Preiskontrollen und regionale Transportverbote, sowie eine unterschiedslose Diffamierung von Getreidehändlern und anderen „Spekulanten“ hatten weitreichendere Konsequenzen als der Ernteeinbruch selbst.

### **Monetäre Indikatoren: Boom treibt die Preise und entlastet das Budget**

Die Kombination aus rascher Expansion der Wirtschaft, kräftig gestiegenen Realeinkommen (+23%) und Versorgungsproblemen im Getreidebereich hat die Geldpolitik 2003 vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Der Druck auf die Konsumentenpreise, die im Vorjahr noch deflationäre Tendenzen gezeigt hatten, nahm mit der Zuspitzung der Getreidekrise im Jahresverlauf zu. Hinzu kommt die fortgesetzte Ent-Dollarisierung der Wirtschaft, was die Geldmenge stark wachsen lässt und die Steuerungsmöglichkeiten der Geldpolitik einschränkt. Ende Dezember 2003 erreichte die Inflation 8,2%, und diese Tendenz setzte sich zu Jahresbeginn fort. Dennoch beließ die Zentralbank den Refinanzierungssatz unverändert bei 7% p.a. Da seit Jahresbeginn die Produzentenpreise zweistellig steigen, wird der Preisentwicklung jetzt mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Außer einigen kleineren Maßnahmen wie der Erhöhung des Übernacht-„Lombard“-Satzes von 8 auf derzeit 8,7% griff die Zentralbank jedoch nicht in das Geschehen ein. Offen-

bar hat Zentralbankpräsident Sergei Tihipko, der dem Präsidenten eng verbunden ist und selbst eine politische Karriere anstrebt, gerade vor den Wahlen wenig Spielraum. Hinzu kommt Dafür versucht die Regierung, die Preisbildung in den betroffenen Branchen, Metall und Baumaterialien, mit administrativen Maßnahmen zu beeinflussen. Diese Art der Inflationskontrolle stimmt bedenklich.

Die Fiskalpolitik leistete inflationären Tendenzen im Jahr 2003 keinen Vorschub. Insgesamt wies der zentrale Staatshaushalt 2003 auf Grund der unerwartet guten realwirtschaftlichen Entwicklung nur ein Defizit von 0,4% des BIP auf, das konsolidierte Budget nur knapp 0,2% (490 Mio. UAH). Die Einnahmen aus der Gewinnbesteuerung der Unternehmen lagen 11,8% über dem geplanten Wert. Die Defizitfinanzierung erfolgte inflationsneutral über Privatisierungserlöse und Euroanleihen. Das Budget 2004 geht von einer weiteren Anhebung der Mindestlöhne aus. Die Subventionierung der Landwirtschaft und des Kohlesektors soll leicht zurückgehen, bleibt mit 3,8 bzw. 4,6% der Budgetausgaben aber immer noch ungerechtfertigt hoch. Der Wahlkampf, für den nach Ansicht von Wahlexperten zu wenig Mittel budgetiert wurden, wird die Ausgaben zwar stärker als geplant steigen lassen, angesichts der bislang unerwartet guten Wirtschaftsentwicklung dürfte dies jedoch nicht zu Finanzierungsproblemen führen. Anfang März legte Präsident Kutschma sein Veto gegen das im Februar beschlossene Steueränderungsgesetz Nr. 400-1 ein, das neben der Senkung des allgemeinen MwSt-Satzes auf 17% Anfang 2005 branchenspezifische MwSt-Vergünstigungen und regionale Ausnahmeregelungen beschneiden sollte. Das Veto wurde offiziell mit der von der Steuerverwaltung geäußerten Furcht vor Einnahmeausfällen begründet, wird aber auch als politischer Akt zur Bevorzugung bestimmter Gruppen und zu deren Positionierung im Wahlkampf gewertet.

### **Außenwirtschaft: Fortgesetzte Westorientierung und Rekord bei Direktinvestitionen**

Die außenwirtschaftliche Situation der Ukraine ist weiter stabil. Zwar schrumpfte der Überschuss in der Handelsbilanz, der im Vorjahr noch fast 1 Mrd. USD betragen hatte, Ende 2003 auf knapp 60 Mio. USD zusammen. Andererseits ist die Dienstleistungsbilanz aufgrund der Durchleitungseinnahmen für Energieträger wieder positiv, und für die ersten 9 Monate wird ein Leistungsbilanzüberschuss von 2,5 Mrd. UAH berichtet. Da die Reserveposition sowie die Kreditwürdigkeit

der Ukraine sich ebenfalls verbessert haben, stellt der erhöhte Importbedarf vorerst kein Problem dar. Die Schuldenquote sank auf 30,6% des BIP.

#### Außenhandelsentwicklung 2003

	Mio. USD	Veränd.gg.Vj. in %
Exporte	23.080	28,5
CIS	6.048	38,1
Europa	9.156	40,5
Asien	5.400	6,5
Importe	23.020	35,6
GUS	11.508	28,3
Europa	8.166	42
Asien	1.971	70
Saldo	59	

Die Exporte der Ukraine erfuhren im Jahr 2003 auf breiter Basis einen erneuten Boom, der sich Anfang 2004 noch verstärkte. Nach Angabe des Statistikkomitees stiegen die Exporte 2003 in laufenden Dollarpreisen um 28,5%, im Januar und Februar um 44,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Exporte nach Europa wuchsen wieder stärker als die in die GUS-Staaten. Europa war mit einem Exportanteil von über 20% der wichtigste Exportpartner der Ukraine, wobei hierbei auf Deutschland mit 6,2% der Gesamtexporte der größte Anteil entfiel. Der bedeutendste Exportpartner im GUS-Raum blieb Russland mit 18,6% der Gesamtexporte. Die Struktur der Exporte hat sich wenig verändert. Stahl und Stahlerzeugnisse, die zunehmend auch nach China (Exportanteil 4,4%) geliefert werden, blieben mit rund 37% der Gesamtexporte der größte Einzelposten. Auch mechanische Geräte und die Chemische Industrie konnten hohe Exportanteile (10% bzw. 8,4%) behaupten. Die Wechselkurspolitik der Zentralbank hat die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Exporteure gestützt. Da de facto eine Bindung der Hrynja (UAH) an den Dollar zu beobachten ist, haben sich Exporte in den Euro-Raum stark verbilligt, was der Ukraine gegenüber Konkurrenten aus dem Euro-Raum Vorteile verschafft. Gegenüber Russland als dem bedeutendsten Exportpartner blieb die Position nahezu unverändert.

Auf der Importseite schlug die hohe inländischen Nachfrage zu Buche, so dass die Importe mit 35,5% schneller stiegen als die Exporte. Auch auf der Importseite hat sich der Handel mit Europa, und insbesondere mit Deutschland, intensiviert. Die Importe aus Deutschland nahmen um 37% zu, so dass der Importanteil Deutschlands 9,9% erreichte. Durch die Energieimporte bleibt

die Importposition Russlands mit einem Importanteil von 37,6% dominant. Die Außenhandelspolitik bleibt doppelgleisig. Der im September 2003 beschlossene Beitritt der Ukraine zur „Viererunion“ mit Russland, Kasachstan und Weißrussland soll über die bereits seit 1992 bestehenden Freihandelsabkommen hinaus den Handel mit diesen Staaten erleichtern. Die Ende April erfolgte Ratifizierung des Vertrages zur Viererunion steht allerdings im Widerspruch zum Stillhalteabkommen, das während der laufenden WTO-Verhandlungen gilt. Dennoch wird der Beitritt zur WTO intensiv vorangetrieben und für spätestens 2005 anvisiert. Der Annäherungsprozess an die EU scheint von beiden Seiten aus vorläufig zum Stillstand gekommen, und die Anerkennung der Ukraine als Marktwirtschaft seitens der EU ist bislang nicht erfolgt.

Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) haben nach Angaben des Wirtschaftsministeriums im Jahr 2003 die Rekordsumme von 1,319 Mrd. USD erreicht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies nahezu eine Verdoppelung. Auch hier müssen die Zahlen allerdings relativiert werden. Im Vergleich zu anderen Transformationsstaaten ist die Ukraine als Standort für FDI noch immer wenig attraktiv, wie sich an den kumulierten ADI, die nur rund 140 USD pro Kopf erreichen, ablesen lässt. Auch bleibt die Summe, berücksichtigt man den Aufholbedarf des Landes bezüglich neuer Technik, hinter den Erfordernissen zurück. Der größte Posten an ADI geht zudem mit 15% in den Großhandel und damit nicht in die Produktion.

Die Reputation der Ukraine auf den internationalen Kreditmärkten hat sich erheblich gebessert, auch wenn dies noch nicht in höheren Ratings aufscheint. Im Februar 2004 wurde das Land von der schwarzen Liste der Financial Action Task Force (FATF) gestrichen, was ihre beschädigtes Ansehen wieder hebt. Die kurz darauf begebene Eurobond-Anleihe über 600 Mio. USD mit 7 Jahren Laufzeit trägt mit 6,9% den bisher niedrigsten Zinssatz. Die Beziehungen zu den internationalen Finanzorganisationen scheinen wieder ins Lot zu kommen. So hatte die Weltbank noch vor der Einigung zwischen Ukraine und IWF im Dezember 2003 den zweiten Kredit aus der Progamma-tic Adjustment Loan (PAL-II) freigegeben, der ein Volumen von 250 Mio. USD umfasst. Ende März zeigte sich auch der IWF zufrieden mit den Reformfortschritten der Ukraine und billigte einen weiteren Stand-by-Kredit über 605 Mio. UAH. Die MwSt-Schulden des Fiskus gegenüber den Exporteuren, die den Hauptkritikpunkt des IWF darstellten, waren von der Regierung unter die vom IWF geforderte Summe auf rund 1,8 Mrd. UAH zurückgeführt worden. Der verbleibende

Rest soll in Staatspapiere umgewandelt werden, was zwar die Betriebe nicht mit „frischem“ Geld versorgt, aber der IWF-Forderung nach Erledigung der Schuldenfrage gerecht wird. Da die Ukraine derzeit keine Liquiditätsprobleme hat, wird der Kredit jedoch nicht ausgezahlt, sondern verbleibt auf IWF-Konten zur Verfügung in besonderen Fällen und verbessert die Reserveposition des Landes.

### Soziale Lage: Verteilungsprobleme und Pessimismus bestimmen das Bild

Verteilungsprobleme in sozialer und geographischer Hinsicht kennzeichnen die soziale Lage in der Ukraine. Das starke Wirtschaftswachstum vertieft diese Entwicklung eher, anstatt sie zu mildern. Die offizielle Arbeitslosigkeit ist weiterhin niedrig und lag Anfang April 2004 bei nur 3,9 %. Regionale Disparitäten kennzeichnen den Arbeitsmarkt. So lag allein die offiziell ausgewiesene

Arbeitslosigkeit unter der Landbevölkerung bei 7,5%, in den Städten bei 2,7%, und der Gegensatz zwischen westlichen Landesteilen und den Industriezentren ist ähnlich. Bedenklich bleibt die soziale Lage weiter Bevölkerungskreise, da die Löhne die Kosten der Lebenshaltung in vielen Fällen nicht decken können und die sozialen Sicherungssysteme kaum entwickelt sind. Der Durchschnittslohn in der Ukraine betrug Anfang 2004 trotz erheblicher nominaler Lohnsteigerungen nur 500 UAH (ca. 160 € in Kaufkraftparität). Die regionale Differenzierung zwischen der Hauptstadt Kiew (840 UAH), gefolgt von den Schwerindustrieregionen Donetz (611 UAH) und Dnepropetrovsk, und den westlichen Landesteilen, deren Lohnniveaus zwischen 300 und 400 UAH liegen, wächst weiter. Der Finanzausgleich, für den mittlerweile der größte Posten des Zentralhaushaltes (20,7% in 2004) aufgewendet wird, kann diese Probleme nicht mildern.

Regionale Disparitäten 2003

	Stadt Kiew	Dnepropetrovsk	Donetz	Ternopil	Chemelnitzkij	Wolhynien
Exportanteile in%	12,4	15,6	21,5	0,3	0,7	0,9
Lohnhöhe in % des Durchschnittslohnes	168,1	114,2	122,2	63,7	69,3	66,6
Arbeitslosigkeit in%	0,4			7,1		

Der ILO zufolge erhalten 40% der Angestellten ihren Lohn nicht pünktlich. Die Lohnschulden nahmen im Jahr 2003 wieder um fast 5%, und im ersten Quartal 2004 um weitere 4,1% zu, wobei 42% der Lohnschulden auf staatliche Betriebe entfallen. Am höchsten sind die Außenstände ungeachtet der hohen Subventionen für den Kohlebergbau bei den Bergarbeitern, denen die staatlichen Zechen derzeit noch 1,1 Mrd. UAH (169 Mio. €) schulden. Am unteren Ende der Lohnskala sind keine Verbesserungen in Sicht. Die zum ersten Juli vorgeschlagene Erhöhung der Mindestlöhne von 185 UAH auf 237 UAH war zunächst auf 1. Dezember verschoben, und dann auf 205 UAH gesenkt worden. Damit erzielen die 14,6% Beschäftigten, die zum offiziellen Mindestlohn arbeiten, Einkommen die weit unter dem offiziell festgelegten Existenzminimum von 365 UAH liegen. Auch die Durchschnittslöhne in der Landwirtschaft decken mit 255 UAH nicht die Lebenshaltungskosten, ebenso wenig wie die Pensionen, die im Schnitt unter 150 UAH liegen. Die Einkommensdisparitäten werden dadurch verstärkt, dass die besser verdienenden Personengruppen in der Regel zusätzliche Schatten-

einkommen erzielen. Dazu zählen nicht nur die inoffiziellen zweiten Gehaltszahlungen in vielen Betrieben, sondern auch Einnahmen aus der Korruption. Für den Eintritt in Dienste wie den Zoll, die hohe Korruptionseinnahmen versprechen, müssen „Eintrittsgelder“ bezahlt werden. Damit setzt sich die Korruptionsspirale immer weiter fort.

Entsprechend schlecht ist die Stimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung, bei denen vom Wirtschaftswachstum offenbar nicht viel ankommt. Repräsentativen Umfragen der International Foundation for Election Systems (Washington) zufolge hielten ungeachtet des Wirtschaftsbooms im Herbst 2003 rund 86% der Bevölkerung die wirtschaftliche Lage für sehr schlecht bis schlecht. Weiteren Privatisierungen steht laut derselben Umfrage der überwiegende Teil der Bevölkerung kritisch gegenüber – so lehnen 65% der Ukrainer die Privatisierung des Elektrizitätssektors ab, 59% die des Kohlesektors. In ILO-Befragungen im selben Zeitraum gaben 85% der Ukrainer an, dass ihr Einkommen nicht für die notwendige medizinische Versorgung ausreicht, und vier fünftel erwarten, im Alter arm zu sein.

## Institutionelles Umfeld: Verflechtung von Politik und Wirtschaft

Die in Transformationsstaaten übliche Reformagenda – weitere marktwirtschaftliche Gesetze, weitere Privatisierung, Beginn sozialer Reformen nach dem Durchschreiten der ökonomischen Talsohle wird auch in der Ukraine vorangetrieben. Der tatsächliche Gehalt der Reformen weicht jedoch oft von der Bekenntnis hierzu ab. So wurden 2003 etliche wichtige Gesetze wie BGB und HGB in ihren Neufassungen angenommen, die Implementierung der Regelwerke hinkt aber hinterher. Die regelmäßigen Geschäftsklimaumfragen des Institute for Economic Research in Kiev (IER) zeigen im Jahresverlauf bezüglich des Regulationsklimas eine fortgesetzte Verschlechterung an. Die unverändert hohe Perzeption der Korruption und die Käuflichkeit richterlicher Entscheidungen zeigt ebenfalls Implementierungsprobleme auf. Die enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft behindert den Gesetzgebungsprozess und begünstigt interventionistische ad-hoc Entscheidungen.

Die Wirtschaftspolitik der Ukraine, die wesentlich von Präsident Kutschma geprägt ist, spiegelt derzeit das Bemühen wider, den Interessenausgleich der teilweise direkt an der Regierung beteiligten Oligarchen herzustellen und die Wiederholung der das Land lähmenden Grabenkämpfe zu vermeiden. Da die Durchlässigkeit zwischen Posten in Politik und Wirtschaft hoch ist, wird dabei oft politische Zustimmung erkaufte. Die Privatisierung großer Betriebe dient, wie am Beispiel des Mitte Dezember verkauften Dnepropetrovsker Metallkombinates Dzerschynsk ersichtlich, dem Ausgleich privater politischer Interessen. Ebenso werden Misserfolge ukrainischer Unternehmen beim Kauf ausländischer Anteile als Politikum gewertet und wie im Falle der polnischen Huta Czesochowa zum „neuen eisernen Vorhang“ hochstilisiert. Etliche Privatisierungsvorhaben mussten aus Mangel an seriösen Geboten ausgesetzt werden. Die weitere Privatisierung des Elektrizitätssektors wurde durch den Präsidentenerlass zur Bildung einer Nationalen Elektrizitätsgesellschaft im Januar 2004 vorerst beendet. Die derzeit rund 1.500 im staatlichen bzw. im Teileigentum des Staates verbliebenen Betriebe können nur unzureichend kontrolliert werden und dienen oft zur Bereicherung der jeweiligen Direktoren.

### Prognose: Fortgesetztes Wachstum 2004 aber kein nachhaltiges Wachstum ohne weitere Reformen

Die Wachstumstendenzen in der Ukraine werden sich im Jahr 2004 fortsetzen. Die letzte Konsen-

susprognose verschiedener Institutionen, die regelmäßig unter der Führung des Wirtschaftsministeriums veröffentlicht wird, stammt aus dem ersten Quartal 2004 und geht für das laufende Jahr von einem Wachstum in Höhe von 7,7% aus. Diese Schätzung ist eher konservativ, da die Bandbreite der Werte von 5,5% bis 11% reicht. Die letzten Prognosedaten vom April 2004 stammen aus dem Kiewer Institute for Economic Research (IER), das für 2004 von ein Wachstum von 8,9%, und für 2005 von 7,5% ausgeht.

Dabei wird dem IER zufolge auf der Nachfrageseite vor allem der private Konsum, der durch die Einführung eines einheitlichen Einkommenssteuersatzes von 13% zu Jahresbeginn entlastet wurde, eine treibende Kraft sein. Auch die Anhebung der Mindestlöhne und die Pensionsreform werden einem nachholenden Konsum Raum geben. Bei der Investitionstätigkeit der Unternehmen wird sich die Senkung der Gewinnsteuer auf 25% ebenfalls positiv auswirken. Allerdings dürften sich hier die Wahlen, in deren Finanzierung die meisten Großunternehmen involviert sind, nicht nur atmosphärisch bemerkbar machen, so dass der Investitionsboom von 2003 nicht wiederholt werden wird. Bei den Exporten muss nach dem guten Vorjahr mit einer Abschwächung gerechnet werden, zumal die organisatorischen Umstellungen durch die EU-Erweiterung die Ukraine kurzfristig eher belasten werden. Auf der Angebotsseite wird in allen Sektoren ein Wachstum erwartet, vor allem die Landwirtschaft wird bei normalen klimatischen Bedingungen den Einbruch von 2003 wettmachen. Da die Konsumnachfrage und die Investitionen steigen, die Geldpolitik im Wahljahr aber wenig restriktiv sein wird, dürfte sich wieder eine Inflationsrate von über 6% einstellen.

Auf längere Sicht werden die derzeit hohen Wachstumsraten bei unveränderten strukturellen Bedingungen nicht zu halten sein. Der Wettbewerbsvorteil der Ukraine beruht derzeit auf der erneuten Inbetriebnahme veralteter nicht genutzten Kapazitäten, auf niedrigen Löhnen bei gleichzeitiger Abwesenheit einer sozialen Absicherung der Bevölkerung, und auf der Vernachlässigung sämtlicher externer Kosten der Produktion. Solche Bedingungen sind mit einem nachhaltigen Wachstumskurs nicht vereinbar. Will die Ukraine den Anschluss an Europa nicht verlieren, müssen echte strukturelle Reformen, eine Verbesserung des institutionellen Umfelds, und eine Lösung der Verteilungsprobleme angegangen werden.

## Ukraine: Wichtige Wirtschaftsindikatoren 2000-2004

		2000	2001	2002	2003	2004*	2005*
<b>Produktionsentwicklung, real</b>							
BIP	Veränderg. gg. Vorj.,%	5,8	9	4,8	8,5	7,7	6,5
Industrie	Veränderg. gg. Vorj.,%	12,5	14,2	7	15,8		
Landwirtschaft	Veränderg. gg. Vorj.,%	9,2	9,9	1,9	-10,2		
Bau	Veränderg. gg. Vorj.,%	0,8	8,3	8,9	23,1		
Brutto-Anlageinvestitionen	Veränderg. gg. Vorj.,%	14,4	20,8	6,2	32,5	11,5	10,9
Einzelhandelsumsatz	Veränderg. gg. Vorj.,%	6,9	12,6	14,8	19,5		
<b>Außenwirtschaft</b>							
Exporte	Veränderg. gg. Vorj.,%	17,9	9,5	10,7	28,5		
Importe	Veränderg. gg. Vorj.,%	18,9	14,1	4,9	35,5		
Leistungsbilanzsaldo	% des BIP	3,8	3,7	7,5	na	4,4	3,1
Wechselkurs	UAH/USD Periode-nende	5,43	5,35	5,33	5,33	5,35	5,34
Direktinvestitionen	netto, Mio. USD	594	769	698	1319	1151	1433
<b>Preisentwicklung</b>							
Konsumgüterpreise	%, Dez./Dez.	25,8	6,1	-0,6	8,2	7,9	6
Produzentenpreise	%, Dez./Dez.	20,8	0,9	5,7	11,1	9,2	6,5
<b>Staatshaushalt (kons.)</b>							
Budgetsaldo	% des BIP	-0,7	-1,9	0,8	0,2	-1,1	-0,5

\* Gemeinschaftsprognose

Quelle: OEI-Datenbank unter Verwendung nationaler Statistiken